

Stand: 08.02.2026 08:55:38

## Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17525

"Antisemitismus entschlossen entgegentreten"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17525 vom 03.07.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18681 des KI vom 19.10.2017
3. Beschluss des Plenums 17/18964 vom 09.11.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Misstol, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Antisemitismus entschlossen entgegentreten

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass dem Antisemitismus in Bayern stärker als bisher entgegengetreten werden muss. Der zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus, der dem Bundestag am 24.04.2017 seinen Bericht vorgelegt hat, hat deutlich gemacht: Antisemitismus ist – empirisch nachweisbar – in der Bevölkerung nach wie vor sehr weit verbreitet, die Zahl antisemitischer Straftaten steigt, und auch die stärker werdende antisemitische Mobilisierung im Bereich des Extremismus und im islamistischen Fundamentalismus geben Anlass zur Sorge. Es fehlt bislang ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Bekämpfung des Antisemitismus in all seinen vielfältigen Erscheinungsformen. Der Landtag greift die Forderungen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, die sich an den Bund aber auch an die Länder richten, auf und setzt sich dafür ein, das Problem des Antisemitismus konsequent zu erfassen, antisemitische Straftaten konsequent zu ahnden und die Bildungs- und Präventionsmaßnahmen in diesem Bereich kritisch zu reflektieren sowie sich für deren notwendigen Ausbau einzusetzen. Diese Anstrengungen sind nicht nur deshalb nötig, weil uns die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, die Entrechtung und Vernichtung der europäischen Juden in der Zeit des Nationalsozialismus Verpflichtung sind. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist auch eine Voraussetzung dafür, dass in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft alle Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und friedlich zusammenleben können.
- II. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,
  1. sich auf Bundes- bzw. auf Landesebene für die sofortige Umsetzung der zentralen Forderungen des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus einzusetzen:

- a) Berufung einer/s Antisemitismusbeauftragten des Bundes und Verfestigung eines unabhängigen Expertenkreises,
- b) konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten,
- c) dauerhafte Förderung von Maßnahmen der Antisemitismusprävention,
- d) Schaffung einer ständigen Bund-Länder-Kommission,
- e) langfristig angelegte Forschungsförderung zum Antisemitismus;

2. auf Landesebene die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu Antisemitismus anzunehmen, um damit eine konsistente Bewertung und Beurteilung von Antisemitismus durch staatliche Behörden sicherzustellen;
3. dem Landtag zu berichten, welche weiteren Maßnahmen auf Landesebene vor allem in den Bereichen Schule, Jugendhilfe, Justiz und Polizei ergriffen werden können, um dem Antisemitismus in Bayern stärker entgegenzutreten.

### Begründung:

Zu I.:

Der Bericht des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, der seit April 2017 vorliegt, macht deutlich, dass die Handlungsempfehlungen des ersten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus im Jahr 2011, die an Bund und Länder gerichtet waren, auch von der Staatsregierung nicht ausreichend ernst genommen und beachtet wurden. Der Befund des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus zur Verbreitung antisemitischer Einstellungen ist erschütternd. Dass sich rechtsextreme Einstellungen nicht nur am Rand der Gesellschaft wiederfinden, zeigen auch andere wissenschaftliche Studien seit vielen Jahren. Diese Ergebnisse wurde erst Ende 2016 von einer Studie der Ludwig-Maximilians-Universität München zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Bayern bestätigt ([http://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/forschung/aktuelle\\_forschungsprojekte/einstellungen2016/forschungsbericht\\_gmf\\_2016.pdf](http://www.ls4.sozioologie.uni-muenchen.de/forschung/aktuelle_forschungsprojekte/einstellungen2016/forschungsbericht_gmf_2016.pdf)).

Zu II.:

1. Die zentralen Forderungen des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus finden sich in BT-Drs. 18/11970, S. 14 f. sowie abrufbar unter: [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2017/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2017/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile)

Der vom Bundestag dem Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus erteilte Auftrag lautet, einen Expertenbericht zu erstellen, der drei zentrale Anforderungen erfüllen soll: „(1) „Antisemitismus in Deutschland als eine besondere Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unter Setzung spezifischer Schwerpunkte“ zu betrachten, (2) „vor dem Hintergrund der Erfahrungen des vorangegangenen Berichtszeitraums konkrete Vorschläge für Maßnahmen der Bekämpfung des Antisemitismus machen“ und (3) einen besonderen „Schwerpunkt [...] auf Maßnahmen [legen], die auf Bundesebene umgesetzt werden könne[n]“. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus kam zur Erkenntnis, dass viele „... notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht allein auf Bundesebene umgesetzt werden können“, sondern auch vor allem die Bundesländer betreffen (Bildung, Polizei, Justiz

etc.). Daher hat sich der Expertenkreis „in einigen Bereichen über diese Begrenzung des Auftrags hinweggesetzt bzw. explizit auf die Erschwernisse verwiesen, die eine klare Abgrenzung von Maßnahmen der Bundesebene von der der Länder und Kommunen mit sich bringen.“

2. Die IHRA definiert Antisemitismus wie folgt: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nichtjüdische Individuen und/oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.“ ([www.holocaustremembrance.com/sites/default/files/press\\_release\\_document\\_antisemitism.pdf](http://www.holocaustremembrance.com/sites/default/files/press_release_document_antisemitism.pdf)).
3. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus weist darauf hin, dass ein Großteil der in seinem Bericht beschriebenen Maßnahmen der Antisemitismusbekämpfung und -prävention in die Zuständigkeit der Länder fallen. Dem Bund kommtt oftmals nur eine Anregungsfunktion zu wie im Falle des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (s. Nr. 4 auf S. 14 der BT-Drs. 18/11970). Die Staatsregierung muss daher die ihr zukommenden Gestaltungsspielräume nutzen.



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Drs. 17/17525

Antisemitismus entschlossen entgegentreten

### I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin:  
Mitberichterstatter:

Katharina Schulze  
Dr. Hans Reichhart

### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und der Ausschuss für Bildung und Kultus haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. Juli 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 165. Sitzung am 28. September 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

**Dr. Florian Herrmann**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/17525, 17/18681

**Antisemitismus entschlossen entgegentreten**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die ‚EU-Cybersicherheitsagentur‘ ... und zur Aufhebung der Verordnung ... Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ... Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden  
(Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Subsidiaritätsangelegenheit**

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Subsidiarität**

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die „EU-Cybersicherheitsagentur“ (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik („Rechtsakt zur Cybersicherheit“), COM (2017) 477 final,  
BR-Drs. 680/17  
Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Antisemitismus entschieden bekämpfen!  
Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD  
Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus  
Drs. 17/16970, 17/18674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU  
Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern  
Drs. 17/17487, 17/18679 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Antisemitismus entschlossen entgegentreten  
Drs. 17/17525, 17/18681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach  
Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">ENTH</span>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters Drs. 17/16345, 17/18795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern Drs. 17/17773, 17/18682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen Drs. 17/17575, 17/18676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pflege Drs. 17/17593, 17/18695 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Packungsbeilage für Arzneimittel in „Leichter Sprache“  
Drs. 17/17595, 17/18696 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Tram-Nordtangente in München verwirklichen  
Drs. 17/17816, 17/18797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Barbara Stamm,  
Joachim Unterländer u.a. CSU  
Stärkung der Betreuungsvereine  
Drs. 17/17860, 17/18789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Barbara Stamm, Peter Winter, Oliver Jörg u.a. CSU  
Weiterentwicklung des Studienzweigs Musik am Matthias-Grünewald-  
Gymnasium Würzburg im Sinne der Begabten- und Hochbegabtenförderung  
Drs. 17/17862, 17/18800 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)  
Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen  
Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären**

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden!  
Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

